



Bundeskonzferenz 2022

Gesundheitskämpfe, Pandemie und Staatsversagen

I. Die Krankenhauskämpfe

Einige Jahrzehnte wurden Verhütung und Versorgung systematisch den Kräften des Marktes übergeben. Krankenhäuser und sogar Maximalversorger wie Universitätskliniken wurden an private Ketten verkauft, Krankenversicherungen in die Konkurrenz geschickt. Das Hören, die Zähne oder die Augen werden zunehmend aus dem Versicherungsschutz ausgeklammert, der Handel mit medizinischen Daten boomt... Der Staat hat sich sogar aus der Überwachung der Akteure zurückgezogen. Niemand ahndet, wenn Arbeitgeber:innen an europäischen Schutzrechten vorbei weit über 13 Stunden werktätig und ohne einen einzigen freien Tag in einer Woche arbeiten lassen.

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist überzeugt: In Krankenhäusern dürfen keine Versicherungsgelder für Dividenden der privaten Anteilseigner:innen abgezweigt werden. Doch Anfang des Jahres bot der internationale „Gesundheitskonzern“ Fresenius 20 Prozent seiner am Markt führenden Kliniksparte Helios zum Verkauf.

2020 galt zwar als das goldene Jahr der Krankenhausfinanzierung. Während die Anzahl der versorgten Patient:innen, belegten Betten und Krankenhausleistungen drastisch sank, ging auf die Krankenhäuser ein warmer Regen von 10 Prozent an Subventionen und Soforthilfen nieder. Dies hat das Fallpauschalen-System kräftig durcheinandergebracht. Zusätzlich wirken die Systembrüche, die in den letzten Jahren durch Mobilisierungen der Beschäftigten erreicht werden konnten: Sie haben die Kosten für Pflegepersonal und Ausbildung aus der Logik der Fallpauschalen herausgebrochen.

Seit 20 Jahren wächst die Fähigkeit der Beschäftigten, mit klassischen und neuen Arbeitskämpfmaßnahmen Boden zurückzugewinnen. Nach den Ärzt:innen haben nun auch die Pflegekräfte und Erzieherinnen überdurchschnittliche Vergütung durchgesetzt. Sie setzen zunehmend ungewöhnliche Ziele im Arbeitskampf: ihre Arbeitsbedingungen, die Besetzung der Schichten mit ausreichend Personal für eine anständige Versorgung.

Eine weitere Besonderheit: Hier streiken Belegschaften, in denen sich bislang nur eine Minderheit in Ver.di organisiert. Sie schließen im Arbeitskampf ganze Stationen und OP-Säle, und sie streiken über viele Wochen hinweg. Denn noch konzentrieren sich diese Kämpfe auf Großkliniken in öffentlicher Hand. Die Entscheider:innen in den Kommunen und Landesregierungen können nicht durch eine Drohung mit ökonomischen Verlusten zum Einlenken gezwungen werden. Die Streiks zielen daher unweigerlich in den politischen Raum: Die Verantwortlichen dort müssen Rede und Antwort stehen, ob, wann und wie sie eine menschenwürdige Versorgung sicherstellen wollen.

Wegen der Länge und Erbittertheit dieser Auseinandersetzungen entwickeln sich neue Formen und Methoden: In digitalen Konferenzen diskutieren und entscheiden die Streikenden

unmittelbar mit. „Teamdelegierte“ beraten die anstehenden Aktionen. Versicherte, Patient:innen und deren Angehörige sind unmittelbar mitbetroffen und bringen sich über Stadtteilinitiativen vor Ort mit ein.

Wichtiges Fundament bildet dabei das langjährig bundesweite Bündnis Krankenhaus statt Fabrik, über das Expert:innen die komplexen Zusammenhänge der Finanzierung populär aufbereiten. Wir unterstützen dieses Bündnis.

Die Aufgaben eines präventiven Gesundheitsschutzes und die Mobilisierungen im Gesundheitsbereich gehen vornehmlich die AG Gesundheit und die AG B&G an. Wir streben eine bessere Zusammenarbeit zwischen beiden Strukturen an.

II. Solidarität in Zeiten der Pandemie –

Prävention statt profitorientiertes Chaos

Die der kapitalistischen Produktion innewohnende, zerstörerische Tendenz, auch noch den letzten Erdenwinkel auszubeuten, die letzten ökologisch wertvollen Wälder abzuholzen und Wildtieren die letzten Habitate zu rauben, sowie die Globalisierung der Produktion und die damit einhergehende Beschleunigung der Transporte führen dazu, dass sich seit Beginn des Jahrtausends mehrere Wellen von SARS-Epidemien ausgebreitet haben und ausbreiten. SARS CoV2 hat sich in Windeseile pandemisch ausgebreitet, die Pandemie ist noch nicht vorüber, und mit weiteren Pandemien ist zu rechnen. Sie sind nicht nur eine Bedrohung für Leben und Gesundheit von Millionen Menschen – über 6,4 Millionen Menschen sind offiziell weltweit im Zusammenhang mit Corona gestorben (Stand 11.8.2022). Sie haben auch das Potential, schwere Wirtschaftskrisen auszulösen mit den entsprechenden sozialen Folgen. So ist die Zahl der Hungernden seit Ausbruch der Pandemie sprunghaft gestiegen: Im Jahr 2019 zählte UNICEF 690 Millionen Hungernde; 2021 zählte die Welthungerhilfe 821 Millionen, das sind elf Prozent der Weltbevölkerung. Etwa zwei Milliarden Menschen leiden weltweit an Mangelernährung.

Eine Ursachenbekämpfung durch Abkehr von dieser Produktionsweise stand aber nirgendwo im Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Reaktion. Im Zentrum stand die Frage, ob unser Gesundheitswesen darüber zusammenbricht, dessen angehäuften Defizite die Pandemie schonungslos offenlegte. Zwar hat der Staat erstmals umfassend in unser Leben eingegriffen – durch Testungen, Quarantäne, Lockdown, Impfungen, tagesaktuelle Informationen über die freien Kapazitäten insbesondere der Intensivabteilungen und hat die kurzfristige Entwicklung von Masken und Impfstoffen gesteuert. Er hat aber nicht die Gelegenheit genutzt, das Gesundheitswesen „pandemiefest“ zu machen, im Gegenteil: Der Privatisierungsdruck auf Krankenhäuser und Arztpraxen ist gestiegen. Wenn anfänglich noch ein Bemühen erkennbar war, eine Ausbreitung der Pandemie möglichst zu verhindern, ist dies nach einem halben Jahr zunehmend der Haltung gewichen: mit der Pandemie leben – irgendwie. Ihre Lasten wurden vornehmlich auf den Einzelnen abgewälzt, während Unternehmen, und hier vor allem die Konzerne, großzügige Staatshilfen einstrichen. Ganz im Einklang mit der neoliberalen Logik wurden die Folgen privatisiert. Im Ergebnis haben einige Wirtschaftsbranchen wie Transport und Logistik, Lieferdienste, Medizin maßlose Gewinne eingefahren, während die Reallöhne gesunken sind.

In der Corona-Pandemie hat der Kapitalismus gezeigt, wie untauglich er bei der Abwehr allgemeiner Gefahren für die Gesundheit ist. Lange vorher hatten schon Epidemiolog:innen davor gewarnt, dass es durch Viren zu massenhaften, nur schwer zu beherrschenden Krankheitsausbrüchen kommen könnte. Als das dann wahr wurde, waren die Gegenmaß-

nahmen schleppend und halbherzig. Reisen wurden anfangs nicht im erforderlichen Maß unterbunden – mit der Folge, dass das Virus sich relativ ungestört über den Globus ausbreiten konnte. Während der gesamten Dauer der Pandemie scheint es einen Vorrang der Erwirtschaftung von Profit vor der Gesundheit zu geben: Es müssen weiter Autos und Flugzeuge gebaut werden, bekannte, gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie haben für kurze Zeit einen Skandal ausgelöst, mehr nicht.

Gegenmaßnahmen wurden im Profitinteresse behindert. Es gab Exklusivverträge mit Pharmariesen über den Umgang mit der Impfstoffproduktion, noch bevor der Impfstoff überhaupt entwickelt war. Die EU sorgte dafür, dass Patente unangetastet blieben. Die WHO wollte ein übergreifendes Technologiezugangsportale für die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, die Industriestaaten versagten ihre Unterstützung. Die Länder des Globalen Südens könnten zu einem Teil Impfstoffe herstellen, sie dürfen es nur nicht.

Obwohl der Staat in vieler Hinsicht versagt hat, hat die Linke sich schwer getan, darauf eine Antwort zu finden; sie schwankte und schwankt zwischen der Kritik an den zum Teil notwendigen Schutzmaßnahmen und dem liberalen Laissez-Faire mit seinen verheerenden Folgen für die Gesundheit. Es gab nur eine Intervention, die zeitweise Mobilisierungspotential hatte, das war die Initiative Zero Covid. Sie hat sich jedoch zu sehr in eine einzelne Maßnahme verbissen – den Lockdown –, die schnell mit anderen Erfordernissen und Kritiken in Konflikt geraten ist. Letztlich ist daraus die Erkenntnis zu ziehen, dass es nicht möglich ist, ein so umfassendes Geschehen wie die Pandemie aus einem Punkt allein aus den Angeln zu heben.

Vielmehr halten wir es für erforderlich, das Augenmerk auf die Defizite im Gesundheitswesen zu konzentrieren, und hier vor allem auf die zentrale Bedeutung einer vorsorgenden Medizin – sowohl im Rahmen des Gesundheitswesens selbst, als auch am Arbeitsplatz. Es kann dies auch nur ein erster Schritt zu einem fundamental anderen Gesundheitskonzept sein, das zu erarbeiten bleibt.

Wir schlagen fünf Punkte für einen gesellschaftlichen Plan zur aktuellen und zukünftigen Pandemiebekämpfung vor:

1. Für das Recht auf wirksamen Infektionsschutz

Ständige, für alle Menschen verständliche Aufklärung in ihren Sprachen über die Gefahren der Pandemie, über das Recht auf wirksamen Infektionsschutz und die Notwendigkeit der flächendeckenden Umsetzung der AHA-L-Regeln.

Im Interesse des Selbstschutzes und des Schutzes anderer vor Ansteckung sind die Einhaltung der Abstandsregeln (AHA-L-Regel) und das Tragen von wirksamen Masken richtig.

Kostenlose FFP2-Masken für alle, flächendeckende, einfach zugängliche, kostenlose und zuverlässige Testmöglichkeiten überall: in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz während der Arbeitszeit, in Kitas und Schulen usw.

Verbindliche und einfach zu konkretisierende Infektionsschutz-Maßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen – beginnend mit den Brennpunkten der Pandemie (Alten- und Pflegeheime, Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Flüchtlingsunterkünfte, Handels- und Industriebetriebe), aber auch im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, an Universitäten etc.

2. Impfen

Impfen ist neben der Prävention eine zentrale Einzelmaßnahme zur Eindämmung der Pandemie. Wir treten für eine niedrighschwellige, aufsuchende, flächendeckende Impfkampagne

ein, begleitet von Aufklärung über die Wirkung des Impfstoffs. Wir sind gegen eine allgemeine Impfpflicht, sie kann Bedenken und Ängste nicht ausräumen, nur verstärken. Denn gleichzeitig wird sichtbar, dass Impfen allein die Verbreitung neuer Mutationen des Virus nicht verhindert – zumindest solange nicht das Gros der Weltbevölkerung geimpft ist. In Einrichtungen, in denen besonders vulnerable Gruppen gepflegt werden, ist darauf zu achten, dass Nichtgeimpfte nicht in der direkten Pflege eingesetzt werden. Das Recht auf Schutz der am meisten gefährdeten Menschen ist vorrangig.

3. Gesundheitsschutz am Arbeits- und Ausbildungsplatz

Belegschaften und Betriebsräte müssen in die Lage versetzt werden, die Einhaltung der Arbeitsschutzregeln aktiv einzufordern und zu kontrollieren. Gewerkschaften müssen sie dabei konsequent unterstützen.

Das betrifft insbesondere die betriebliche und überbetriebliche Überprüfung der erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen und der Einhaltung des TOP-Prinzips. Das heißt Umsetzung der nötigen technischen (z. B. Luftfilter), organisatorischen (z.B. Abstandsregelungen) und persönlichen Schutzmaßnahmen (z. B. FFP2-Masken).

Unternehmensleitungen, die das verweigern, müssen von den zuständigen Stellen kontrolliert und sanktioniert werden (Berufsgenossenschaften, Gesundheitsämter und Gewerbeaufsichtsämter).

Überall, auch dort wo es keine formale Interessenvertretung gibt, müssen Beschäftigte das Recht erhalten, von ihnen bestimmte Gesundheitsschutz-Kommissionen einzurichten und darin tätig zu werden. Die Gewerkschaften müssen dies unterstützen.

Wirksame Durchsetzung des Rechts zur Bildung von Betriebsräten in allen Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten. Konsequente politische und strafrechtliche Abwehr von Betriebsratsmobbing und Gewerkschaftsbekämpfung.

Erkrankungen an COVID-19 und häusliche Quarantäne dürfen nicht zu Arbeitsplatz- oder Einkommensverlust führen.

Statt „Homeoffices“ müssen Unternehmen Telearbeitsplätze zur Verfügung stellen, die gemäß Arbeitsstättenverordnung eingerichtet sind.

4. Ein vorbeugendes und öffentliches Gesundheitssystem

Wiederaufbau und -ausbau der durch die neoliberale Politik weitgehend handlungsunfähig gemachten Gesundheitsämter, der staatlichen Gewerbeaufsicht und der Berufsgenossenschaften.

Aufstockung und Qualifizierung des Personals in diesen Bereichen, damit in einem Pandemiefall die Nachverfolgung, Unterbrechung von Infektionsketten sowie die Aufsicht über Betriebe und Einrichtungen, die die Schutzmaßnahmen vor Ansteckungen nicht sicherstellen, möglich sind.

Die Privatisierung und Schließung von Kliniken muss gestoppt werden. Abkehr vom System der Fallpauschalen und von der profitorientierten Ausrichtung auch öffentlicher Krankenhäuser. Unterstützung der Tarifbewegungen für mehr und besser bezahltes und qualifiziertes Personal, gesundheits-schützende Arbeitsbedingungen sowohl in der Kranken- als auch in der Altenpflege.

Für ein präventives, nicht profitorientiertes, an den Interessen der Patient:innen ausgerichtetes, öffentliches Gesundheitssystem als integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge, das nicht nur gute Arbeit und gute Einkommen für die Beschäftigten sicherstellt, sondern ihnen auch wirksame Entscheidungs- und Kontrollrechte einräumt.

Einrichtungen des Gesundheitswesens, selbst bereits privatisierte, gehören in Öffentliche Hand – nicht nur Krankenhäuser, auch Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Altenheime, Rettungsdienste, Testeinrichtungen.

5. Internationale Solidarität

Weltweite Kooperation bei Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen statt Patentschutz und Profitgarantie!

Freigabe aller Impfstoff- und Medikamentenpatente, auch gemäß Artikel 14 GG (Durchsetzung der Sozialbindung des Eigentums), und Unterstützung aller internationalen Initiativen für ein an der Gesundheit der Menschen ausgerichtetes, demokratisch kontrolliertes System des Infektionsschutzes sowie der Produktion und Verteilung von Masken und Impfstoffen.

Diese Vorhaben sind von den Profiteuren der Pandemie zu finanzieren: Erhebung einer Solidaritätsabgabe, Beendigung der Steuerflucht, Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine stark progressive Besteuerung aller Jahreseinkommen ab 250.000 Euro, Rückzahlung von staatlichen Subventionen durch Impfstoff- und Medikamentenhersteller, die dadurch hohe Gewinne erzielen konnten.

Ein derartiger Plan wird letztendlich nur durch massiven, über die einzelnen Bereiche hinweg koordinierten Druck von unten durchgesetzt werden können. Erforderlich ist deshalb der Aufbau einer sozialen und ökologischen Front, die für klassenpolitische Solidarität nicht nur in Zeiten der Pandemie eintritt. Sie ist die Voraussetzung, um den Widerstand gegen die herrschende Politik mit der Abwehr der rechten, coronaleugnenden Bewegung konsequent zu verbinden.

Die Ursachen der Pandemie müssen international bekämpft werden – insbesondere die kapitalistische „Globalisierung“ und die damit verbundene Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

III. Corona-Protteste – die Schwurbelnden

In Deutschland verfestigt sich eine Protestbewegung, die im Kern illiberal und antidemokratisch ist und nicht an ein bestimmtes Thema oder einen Anlass gebunden ist. Im Zusammenhang mit der Pandemie ist sie als Bewegung der Corona-Leugner:innen oder Schwurbelnde aufgetreten. Mit der Brisanz des Themas ist die Bewegung abgeflacht, kann aber jederzeit wieder aufflackern und vor allem auf gleich welches Thema springen, das den Zorn einer breiten Masse der Bevölkerung erregt. Für die Linke stellt diese Form von politischem Protest eine ernste Gefahr dar, weshalb hier einiges zu ihrer Charakterisierung und unserer Haltung dazu gesagt sein soll.

Sozial sind die Demonstrationen von Personen aus dem Kleinbürgertum mit höherer formaler Bildung geprägt, sie kommen vornehmlich aus der Mittelschicht, sind meist älter, politisch heterogen, aber nach rechts offen.

Vom politischen System sind sie stark entfremdet und fühlen sich ausgegrenzt: Der Staat verhängt Maßnahmen, die sie einschränken, sie haben nichts zu sagen und die Institutionen vertreten sie nicht mehr. Sie sehen sich grundsätzlich als Opfer, unabhängig vom Anlass, aus dem mobilisiert wird.

Die Haltung der Kritik ist ihnen zum Selbstzweck geworden – sie inszenieren sich als widerständige Menschen und fühlen sich als die eigentliche Systemopposition. Öffentlich bezeichnen sie sich als weder rechts noch links.

Die Werte, die sie verteidigen, fallen hinter die Aufklärung zurück: Sie anerkennen nur Regeln, die sie selber setzen: Individualität, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung werden absolut gesetzt. Das unterscheidet sie fundamental von Linken. Ihr Widerstand richtet sich gegen institutionelle Regeln – nur Regeln, die sie selber setzen, erachten sie als legitim. Sie suchen nicht Solidarität, sondern Heimat.

Dabei haben sie kein Problem mit autoritären Lösungen. Auf ihren Demonstrationen herrscht eine unterschwellige Aggressivität.

Ihre Widerständigkeit und ihr Setzen auf Massenbewegungen machen sie anschlussfähig für Menschen aus dem linken Spektrum.

Es gibt Unterschiede zwischen Ost und West. Im Osten ist die Bewegung stärker von der extremen Rechten geprägt, hier bezieht sich die AfD strategisch darauf und versteht sich als ihr politisches Sprachrohr. AfD-Anhänger:innen machen einen großen Teil der Demonstrationen aus.

Im Westen ist die Bewegung mehr von Esoterikern und Verschwörungstheoretikern geprägt, die sich von der AfD und Querdenken distanzieren, sich als die wahren Antifaschist:innen verstehen und teilweise feministische oder linke Parolen übernehmen. Waldorfschulen sind Hochburgen von Coronaleugner:innen. In Hochburgen der Rechten sind die Mobilisierungen allerdings stärker. Auch im Westen werden die Demos maßgeblich von Gruppen der extremen Rechten organisiert.

30 Jahre Neoliberalismus haben tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. Unter dem Druck der New Economy hat sich die Mittelschicht neu formiert. Soziologen beschreiben eine tiefe Frustration unter den Absteigern, die die Erwartungen, die sie an sich selber stellen, nicht mehr erfüllen können. Diese Frustration hinterlässt tiefsitzende Ressentiments, denen mit Argumenten der Vernunft nicht beizukommen ist.

Unsere Haltung

Im Kern ist die Schwurbl:innen-Bewegung eine neue rechte bis faschistoide Bewegung, von der wir uns abgrenzen müssen. Sie ist jedoch nicht mit ausgewiesenen rechtsextremen Mobilisierungen gleichzusetzen. Wir wollen uns folgendermaßen dazu verhalten:

- * Solange die Proteste nicht viel mehr mobilisieren als harte (vorwiegend rechte) Kerne, werden wir vor allem im Rahmen unserer eigenen Agenda über den Charakter der Bewegung aufklären.
- * Unsere Gegenaktionen dürfen nicht rein reaktiv bleiben, wir müssen ein eigenes Angebot machen.
- * Wenn sie jedoch den Charakter einer Massenmobilisierung annehmen, versuchen wir Ansatzpunkte für eine mögliche, breit aufgestellte Intervention zu finden.

Mit großer Mehrheit auf der Bundeskonferenz der ISO am 17./18.9.2022 angenommen.